

APD INFORMATIONEN

DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Zentralausgabe für Deutschland

Mai 2015
32. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

DEUTSCHLAND	Kriegsdienstverweigerung auch heute noch aktuell.....	2
	Freikirchenleitung der Adventisten in Nordrhein-Westfalen bestätigt	2
	Freikirchenleitung der Adventisten in Niedersachsen und Bremen wiedergewählt	2
	Evangelische Friedensarbeit: „Entrüstet Euch!“	3
	Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz	3
	EAK mit Schwerpunkt Kriegsdienstverweigerung beim Stuttgarter Kirchentag	4
	Die Erleichterung kam mit der Lichtreklame	5
	Deutsche Adventisten spenden 50,8 Millionen Euro	6
	Chemiewaffen weltweit ächten	6
	Neuer Vorsteher und Sekretär für die Berlin-Mitteldeutsche Vereinigung der Adventisten.....	6
	„Auf die Lehrer kommt es an!“	7
	Um Frieden zu bewahren bis an die Grenzen der Diplomatie gehen	8
INTERNATIONAL	Präsident der weltweiten Adventisten spricht Nepal sein Beileid aus.....	9
	Methodisten gegen Rassismus und für Menschlichkeit.....	9
	Lutheraner und Adventisten initiieren in Rom einen Martin-Luther-Platz	10
	Kirchliche Verkündigung in der säkularen Gesellschaft	11
	Interreligiöse Initiative ruft 191 Staaten zum Verbot von Atomwaffen auf	11
	„Frieden ist eine Entscheidung“	12
	Elektronische Stimmabgabe und Agenda bei Weltsynode der Adventisten.....	13
	Adventisten überwinden Kirchenspaltung in Ungarn	14
ENTWICKLUNG	ADRA-Nothilfe für Nepal läuft an.....	15
	ADRA verteilt Lebensmittel und Zeltbahnen in Nepal.....	15
	Ab Juni auch in Stendal ein ADRA-Shop.....	15
KULTUR	Lehrer unter Druck, Medienscouts und Friedenspädagogik in der Schule	16
	150 Jahre ganzheitliche Gesundheitsförderung - monatliche Tipps	17
MEDIEN	Die Bibel mit Altem und Neuem Testament in 542 Sprachen	17
	Impressum	19

DEUTSCHLAND

Kriegsdienstverweigerung auch heute noch aktuell

Bonn/APD „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz“, heißt es in Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes. Zehn Jahre und ein Tag liegen zwischen diesen beiden Sätzen, schreibt Wolfgang Burggraf, Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) im EAK-Rundbrief Mai 2015.

Am 8. Mai 1945 war der 2. Weltkrieg in Deutschland zu Ende und damit die nationalsozialistische Schreckensherrschaft. Am 9. Mai 1955 trat die Bundesrepublik Deutschland der North Atlantic Treaty Organization – NATO (Organisation des Nordatlantikvertrags) bei. 1949 räumte die Bundesrepublik als erster Staat in seinem Grundgesetz dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung Verfassungsrang ein.

Am 1. Januar 2011 wurden in Deutschland letztmalig Wehrpflichtige einberufen. Die Wehrpflicht ist in der Bundesrepublik Deutschland seither ausgesetzt. Vor gut einem Monat führte EU- und NATO-Mitgliedsland Litauen die 2008 abgeschaffte Wehrpflicht wieder ein. Der Deutsche Bundestag könnte die Aussetzung der Wehrpflicht mit einfacher Mehrheit rückgängig machen. Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes bleibe daher aktuell, gab Burggraf zu bedenken.

Für die EAK und ihre Mitglieder bedeute dies, auch künftig vorbereitet zu sein, Menschen in ihrer Entscheidung, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern oder aufgrund ihrer Gewissensbildung als Soldatin oder Soldat Dienst zu tun, zu begleiten. Das Gewissen müsse auch dann die letzte Instanz der Entscheidung bleiben, wenn es darum gehe, als Soldatin oder Soldat Befehle auszuführen oder zu verweigern, so Burggraf. Wenn in diesen Tagen für die Bundeswehr ein neues Weißbuch diskutiert werde, „gilt es das Prinzip der ‚Inneren Führung‘ und damit die ethische Ausbildung in der Armee zu bewahren, ja zu stärken“. Angesichts von Distanzwaffen und Drohnen sei hierbei manches noch radikaler zu denken als bisher.

Die EAK setze sich zusammen mit ihren Partnerorganisationen in der Evangelischen Friedensarbeit ein für die Stärkung ziviler Friedensdienste und diplomatischer Plattformen wie zum Beispiel der Organisation für Sicherheit und

Zusammenarbeit in Europa (OSZE), wo Interessen nicht-militärisch ausgehandelt würden.

Freikirchenleitung der Adventisten in Nordrhein-Westfalen bestätigt

Bochum/APD Pastor Martin Knoll (51) leitet weiterhin die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordrhein-Westfalen. Die am 26. April in Bochum tagenden 154 Delegierten der 84 Kirchengemeinden und der Pastorenschaft im Bundesland wählten ihn mit 139 Ja- und acht Neinstimmen bei fünf Enthaltungen für die nächsten vier Jahre als Präsidenten. In Nordrhein-Westfalen gibt es 6.150 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten.

Die anderen Verantwortungsträger wurden ebenfalls wiedergewählt. Pastor Stefan Adam (52) ist auch künftig stellvertretender Präsident und Sekretär (Geschäftsführer), Steffi Wießner (40) Schatzmeisterin, Pastor Alexander Kampmann (34) Abteilungsleiter für Kinder, Pfadfinder, Jugend und Studenten sowie Pastor Christian Badorrek (34) Abteilungsleiter für Gemeindeaufbau.

Pastor Adam nimmt auch das Amt des Beauftragten der evangelischen Freikirchen in Nordrhein-Westfalen am Sitz der Landesregierung in Düsseldorf wahr.

Freikirchenleitung der Adventisten in Niedersachsen und Bremen wiedergewählt

Hannover/APD Pastor Ralf Schönfeld (58) leitet weiterhin die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Bremen und Niedersachsen. Die am 3. Mai in Hannover tagenden 113 Delegierten der Landesversammlung beider Bundesländer wählten ihn mit großer Mehrheit für die nächsten vier Jahre als Präsidenten.

Die anderen Verantwortungsträger der Kirchenverwaltung wurden ebenfalls wiedergewählt. Mit zum Vorstand gehören Pastor Detlef Bendig als Sekretär (Geschäftsführer) und stellvertretender Präsident, sowie Steffen Enrich als Schatzmeister (Finanzvorstand). Pastor Dragutin Lipohar leitet die Abteilung für missionarischen Gemeindeaufbau. Pastor Alexander Vilem ist Abteilungsleiter für Kinder, Pfadfinder, Jugend und Studenten.

In Niedersachsen und Bremen gibt es 3.481 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 59

Kirchengemeinden, die von 24 Pastoren betreut werden. Nach dem Prinzip der repräsentativen Demokratie werden aus diesen Reihen die Delegierten für die Landesversammlung entsendet. Die Freikirchenleitung hat ihren Sitz in Hannover.

Evangelische Friedensarbeit: „Entrüstet Euch!“

Entschiedene militärische Abrüstung und Stärkung zivilen Friedensengagements

Bonn/APD Zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und zum 60. Jahrestag des Beitritts Deutschlands zur NATO haben der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Renke Brahm, die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) zu einer entschiedenen militärischen Abrüstung und zur Stärkung des zivilen Friedensengagements aufgerufen. Die Konsequenz aus diesen Jahrestagen könne nur heißen: „Entrüstet Euch!“

Angesichts der mehr als 60 Millionen Opfer des Zweiten Weltkriegs, die gerade für Deutschland eine besondere Verantwortung bedeuten würden, aber auch einer aktuell zu beobachtenden Aufrüstung und wachsenden Militarisierung sei ein entschiedenes Engagement für gerechten Frieden nötig, heißt es in dem gemeinsamen Aufruf der evangelischen Friedensarbeit und des EKD-Friedensbeauftragten. Dabei kritisieren die Unterzeichner, neben Renke Brahm auch der AGDF-Vorsitzende Horst Scheffler und der EAK-Bundesvorsitzende Dr. Christoph Münchow, die Rüstungsproduktion wie auch die Rüstungsexporte Deutschlands. Wichtiger sei, in die Friedensbildung und in den Aufbau friedenspolitischer Strukturen im In- und Ausland zu investieren.

Der EKD-Friedensbeauftragte wie auch AGDF und EAK fordern von Bundesregierung und Bundestag eine politische Umkehr. Dazu gehört ihrer Auffassung nach ein entschiedener Einsatz für Abrüstung auch mit der Bereitschaft zu einseitigen Schritten, keine Erhöhung des Bundeswehretats, stattdessen eine deutliche Mittelaufstockung für zivile Konfliktbearbeitung, Friedensbildung, soziale Aufgaben und den Umweltschutz. Weitere Forderungen der evangelischen Friedensarbeit an die deutsche Politik sind effektive Schritte hin zu einer atomaren Abrüstung innerhalb und außerhalb der NATO, keine weiteren Genehmigungen von Rüstungsexporten in sogenannte Drittstaaten oder

den Export von Kleinwaffen, außerdem den weiteren Auf- und Ausbau von Versöhnungsprojekten, die deutliche Erhöhung des humanitären Engagements in der Flüchtlingsaufnahme sowie eine aktive Entwicklungspolitik in Krisen- und Kriegsgebieten.

Friedenssicherung bleibe auch 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs der vorrangige politische Auftrag der Staatengemeinschaft, betonen der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm wie auch AGDF und EAK. Mit den Vereinten Nationen, dem Internationalen Gerichtshof, der Menschenrechtskommission und zahlreichen internationalen Verträgen zur Waffenächtung gebe es zahlreiche Friedensinstrumente, die einen Krieg als Mittel zur Lösung von Konflikten überflüssig machen würden. „Als Christinnen und Christen stehen wir für diesen Weg ein“, heißt es in dem gemeinsamen Aufruf, der von 20 Vertretern aus Landeskirchen, Freikirchen und Friedensorganisationen mit unterzeichnet wurde.

Erinnerung an die Opfer der NS- Militärjustiz

Bremen/APD An die Opfer der NS-Militärjustiz erinnert der ehemalige deutsche Wehrmachtdeserteur und Friedensaktivist Ludwig Baumann in einer „Erklärung zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus“. Insgesamt seien während des Zweiten Weltkrieges über 30.000 Deserteure zum Tod verurteilt und davon rund 23.000 hingerichtet worden. Mehr als 100.000 von der NS-Militärjustiz verurteilte Soldaten hätten KZ, Straflager und Strafbataillon nicht überlebt. Erst in seinem Grundsatzurteil vom 16. November 1995 habe der Bundesgerichtshof die Wehrmachtjustiz als eine „Blutjustiz“ gebrandmarkt, „deren Richter sich wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen hätten verantworten müssen“. Doch nicht einer der Wehrmachtrichter sei in der Bundesrepublik Deutschland jemals bestraft worden.

Nach dem Krieg wären die Opfer der Militärjustiz als Feiglinge, Kriminelle und Verräter beschimpft und bedroht worden. Als Vorbestrafte hätten sie keine Chance auf eine sichere Zukunft gehabt. „Viele sind gedemütigt und entwürdigt verstorben“, beklagt Baumann. Erst im Mai 2002 wurden die Urteile wegen Desertion aufgehoben und erst im September 2009 die Urteile wegen Kriegsverrat. Das sei gegen den Widerstand der Bundeswehr geschehen. Laut Baumann wäre auch heute Kriegsverrat „ein Beitrag für den Frieden und eine gerechtere Welt“.

Aufgrund des „deutschen Angriffskrieges“ von 1939 bis 1945 mit mehr als 50 Millionen Toten ruft der Friedensaktivist zu gewaltfreiem Handeln und Einsatz für Gerechtigkeit, das Leben und den Frieden auf. Seine Erklärung ist im Internet zu finden unter: [http://www.bv-opfer-ns-](http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Pressemitteilungen/LB_Erklaerung20150508.pdf)

[militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Pressemitteilungen/LB_Erklaerung20150508.pdf](http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Pressemitteilungen/LB_Erklaerung20150508.pdf)

Wegen Fahnenflucht zum Tod verurteilt

Als 19-Jähriger wurde Ludwig Baumann zur Kriegsmarine eingezogen. Am 3. Juni 1942 desertierte er zusammen mit einem Kameraden bei Bordeaux in Frankreich, weil er erkannt habe, „dass es ein verbrecherischer, völkermörderischer Krieg war“. Am Tag der Desertion verhafteten ihn deutsche Grenzposten. Am 30. Juni 1942 wurde er wegen „Fahnenflucht im Felde“ zum Tod verurteilt. Davon, dass das Todesurteil in eine zwölfjährige Zuchthausstrafe umgewandelt wurde, erfuhr Bauman erst nachdem er Monate in Todesangst in der Todeszelle eines Wehrmachtsgefängnisses verbracht hatte. Er kam als Häftling ins KZ Esterwegen im Emsland und danach ins Wehrmachtsgefängnis Torgau. Er überlebte den Einsatz in der sogenannten Bewährungstruppe 500 in besonders gefährdeten Abschnitten an der Ostfront.

Deserteure rehabilitiert

Nach der Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft hatte er es schwer in einer Gesellschaft, in der Deserteure noch immer als „Feiglinge“ geächtet wurden. 1990 gründete er mit etwa 40 noch lebenden Wehrmachtsdeserteuren sowie einigen engagierten Wissenschaftlern und Historikern die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“. Ziel der Vereinigung war eine Aufhebung der Unrechtsurteile gegen Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“, „Kriegsverräter“, Selbstverstümmeler und andere Opfer der NS-Militärjustiz durchzusetzen sowie deren vollständige Rehabilitation. Das wurde mit dem Änderungsgesetz vom 23. Juli 2002 und dem Zweiten Änderungsgesetz vom 24. September 2009 des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile (NS-AufhG) von 1998 erreicht.

EAK mit Schwerpunkt Kriegsdienstverweigerung beim Stuttgarter Kirchentag

Bonn/APD Die „Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden“ (EAK) wird Fragen der Kriegsdienstverweigerung in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten beim 35. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 3. bis 7. Juni in Stuttgart stellen.

Kirchentagspräsident Professor Dr. Andreas Barner hatte das Treffen in Stuttgart angesichts der Vielzahl der Konflikte und Kriege in der Welt zu einem „Friedenskirchentag“ ausgerufen. „Für uns gehört dabei die Frage nach der Gewissensentscheidung von Soldatinnen und Soldaten und die Verweigerung des Kriegsdienstes in den Mittelpunkt des Eintretens für einen gewaltfreien Weg zum Frieden“, betonte der EAK-Bundesvorsitzende Dr. Christoph Münchow.

„Zentrum Frieden“ in der Friedenskirchengemeinde Stuttgart

Die EAK gehört zu den 38 Friedensorganisationen und Institutionen, die sich am „Zentrum Frieden“ in der Friedenskirchengemeinde in Stuttgart beteiligen, das unter dem Motto „Krieg überwinden – gewaltfrei leben“ steht, und bei dem Beispiele der Gewaltfreiheit sowie der Verständigungs-, Versöhnungs- und Präventionsarbeit präsentiert werden. Gäste aus Kirche, Politik und Gesellschaft befassen sich dabei in über 50 Veranstaltungen mit den Themen Gewaltfreiheit, Zivile Konfliktbearbeitung und der Bekämpfung ungerechter Strukturen.

Am Donnerstag, 4. Juni, gibt es um 15 Uhr im Gemeinderaum 5 der Friedenskirchengemeinde einen Vortrag von Jasmin Schwarz, der Referentin für Kriegsdienstverweigerung der EAK, zum Thema „Ich kann nicht mehr – Kriegsdienstverweigerung von Soldaten bei der Bundeswehr“. Ebenfalls um 15 Uhr informiert im Gemeinderaum 4 der Friedenskirchengemeinde Rudi Friedrich vom Verein „Connection“, der sich auf internationaler Ebene für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung engagiert, über die Situation in Südkorea „Kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung – Kriegsdienstverweigerer berichten“. Rudi Friedrich wird über die Situation in Südkorea auch am Freitag, 5. Juni, um 11 Uhr im Themenzelt 5 auf dem „Markt der Möglichkeiten“ informieren. Mit dabei ist mit Seungho Park auch ein Vertreter der südkoreanischen Gruppe „World Without War“.

Pfarrer Joachim Schilling vom Pfarramt für Friedensarbeit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg wird am Freitagabend von 19 bis 20.30 Uhr zusammen mit der EAK Bonn ein Feierabendmahl in der Friedenskirche durchführen. Das Motto lautet „Den Frieden feiern“.

EAK beim „Markt der Möglichkeiten“

Beim „Markt der Möglichkeiten“ ist die EAK zudem in der Zelhalle 8, Standnummer D16, im Themenbereich „Frieden, Nachhaltigkeit, Wirtschaft“ mit einem Stand gemeinsam mit der „Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD“ (KfF), der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF) und der „Konferenz evangelischer Freiwilligendienste“ (KeF) vertreten.

Die Erleichterung kam mit der Lichtreklame

Vor 70 Jahren Tag der Befreiung

Lüneburg, 06.05.2015/APD Zwei Zeitzeugen berichten in der Mai-Ausgabe der Freikirchenzeitschrift „Adventisten heute“ von ihren Eindrücken und Gedanken zur Nazi-Zeit und zum Kriegsende vor 70 Jahren.

Nach der ersten Ruhe kam das Nachdenken

„Irgendwann kam der Tag, an dem Soldaten in amerikanischen Jeeps vorfuhrten und unser Rathaus besetzten. Wir bauten die Verdunklung ab, die erste Lichtreklame leuchtete am Abend und es wurde in unserer Straße hell. In meiner Erinnerung war das ein großes Glück!“ So schildert Gerhard Rühle aus Leipzig wie er als Jugendlicher das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte. Es gab keine Angst mehr wegen der Luftlagemeldung am Abend, ob die Bomber kommen werden. Es gab kein Bangen mehr, wenn von der Front wochenlang kein Feldpostbrief von unseren Leuten kam. Die zurückkehrende, allabendliche Helligkeit der Straßenbeleuchtung sei wie eine Entwarnung gewesen. Doch nach der ersten Ruhe kam das Nachdenken über all das, was geschehen war.

Auch Gerhard Rühle habe als Zehnjähriger es kaum erwarten können, beim „Jungvolk“ mitzumachen. Nach einem Jahr Bewährung durfte er das Fahrtenmesser tragen. Der Einmarsch in Polen wäre mit Grenzschikanen begründet worden, die man nicht mehr hätte hinnehmen können. Er sah damals Kriegsgefangene bei Ausschachtungsarbeiten. Einem ließ er einen Schuhkarton mit Kartoffeln zukommen, weil ihm der Gefangene so Leid tat. „Am nächsten Tag fand ich dort einen schönen Fingerring aus Aluminium, den er aus Schrott gebastelt haben musste.“

Von den KZs habe er erst gegen Ende des Krieges gehört. Doch damals habe es geheißen: „Wenn das der Führer wüsste, würde er aber aufräumen!“ Viele hätten damals Uniformen getragen. „Sie waren nicht mehr nur sie selbst, sie gehörten dazu.“ Man habe sich mehr oder weniger arrangiert. „Wir saßen im Boot und draußen war der Feind.“ Sein Freund Hartmut, neben dem er im Gottesdienst saß, sei eines Tages eingezogen worden und bald darauf „fürs Vaterland gefallen“. Solche Nachrichten hätten damals zum Alltag gehört, die beklommen machten. Bei der Mitteilung „Vermisst“ sei manchmal noch ein Funken Hoffnung geblieben.

Mit 120.000 anderen Soldaten im Kriegsgefangenenlager Der Ruhestands-Pastor Rudolf Götz schreibt: „Der 8. Mai 1945 war für uns Soldaten ein Freudentag, denn uns war

bewusst geworden, dass das Töten an der Front und die Bombennächte endlich ein Ende hatten.“ Als 19-Jähriger wurde er in die Wehrmacht eingezogen. Im März 1945 kam er in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Das Gefangenenlager in Bad Kreuznach zählte 120.000 Soldaten. Nur wenige Soldaten kamen in einem Zelt unter. Rudolf Götz und viele andere lagen auf dem freien Feld bei Schnee, Nachtfrösten, Regen und Wind. Der Hunger plagte sie. Täglich starben etwa 135 Soldaten an Hunger, Kälte, Entkräftung und Verzweiflung. Sie wurden in einem Massengrab in der Nähe beigesetzt.

Nach dem 8. Mai 1945 begann man Soldaten zu entlassen. Zunächst nur welche aus den drei Berufsgruppen Eisenbahner, Bergarbeiter und Landwirte. Am 6. Juni 1945 hörte Götz seinen Namen über den Lagerlautsprecher mit der Aufforderung, zur Entlassungsbaracke zu kommen. „Das war eine Riesenfreude! Niemals werde ich diesen Tag vergessen!“ Da er Landwirt war, wurde er verpflichtet, in einem landwirtschaftlichen Betrieb zu arbeiten. Trotz Verwundung an der Front in den Vogesen und Kriegsgefangenschaft „bin ich Gott dankbar für seinen Schutz und seine Bewahrung“.

Schon vor zehn Jahren: Erklärung der Adventisten zur NS-Zeit

Bereits vor zehn Jahren, im Mai 2005 haben die Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland und Österreich eine gemeinsame „Erklärung zum 60. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945“ veröffentlicht. Darin beklagt die Freikirche „zutiefst, dass von unseren Ländern dieser furchtbare Krieg ausgegangen ist, der unermessliches Leid über die Menschheit gebracht hat – und dass auch Siebenten-Tags-Adventisten daran beteiligt waren“. „Dass der Charakter der NS-Diktatur nicht rechtzeitig und deutlich genug wahrgenommen und das widergöttliche Wesen der NS-Ideologie nicht klar erkannt wurde.“ „Dass sich in manchen unserer oder von uns verbreiteten Veröffentlichungen Aussagen finden, die Adolf Hitler huldigten und der rassistischen Ideologie des Antisemitismus in einer Weise Ausdruck gaben, die aus heutiger Sicht unfassbar ist.“ „Dass auch viele Siebenten-Tags-Adventisten an der Not und dem Leid ihrer jüdischen Mitbürger keinen Anteil nahmen.“

Weiter heißt es: „Wir bekennen aufrichtig, dass wir gegenüber dem jüdischen Volk, allen Verfolgten und vom Krieg Betroffenen und darüber hinaus auch gegenüber Adventisten in anderen Ländern durch unser Versagen schuldig geworden sind. Dafür bitten wir Gott und die noch lebenden Betroffenen demütig um Vergebung.“

Adventisten wollen deshalb dafür eintreten, „dass nie wieder ein Krieg gegen andere Völker von Deutschland oder Österreich ausgeht und dass niemand aufgrund von

Rasse, Religion, Nationalität oder Geschlecht ausgegrenzt und benachteiligt wird“. „Dass die Vergangenheit nicht in Vergessenheit gerät, sondern als bleibendes Mahnmal uns auch heute vor Augen steht.“ „Dass wir dazu fähig sind, die ‚Geister zu unterscheiden‘ und unseren Glauben auch dann mutig zu bekennen und konsequent zu leben, wenn wir unsererseits in die ‚Stunde der Versuchung‘ geraten.“

Deutsche Adventisten spenden 50,8 Millionen Euro

Hannover/Ostfildern bei Stuttgart/APD Rund 50,829 Millionen Euro spendeten die 34.983 deutschen Siebenten-Tags-Adventisten im letzten Jahr für den Unterhalt ihrer Freikirche. Laut Günter Brecht (Hannover), Schatzmeister des Norddeutschen Verbandes der evangelischen Freikirche, habe sich das Spendenaufkommen im Vergleich zum Vorjahr um rund 710.000 Euro erhöht. „Jeder Adventist in Deutschland gab durchschnittlich 1.453 Euro.“

Während der Süddeutsche Verband der Freikirche ein Plus an Gaben von 346.000 Euro (1,56 Prozent) verzeichnete, betrug die Zunahme der Spenden in Nord- und Ostdeutschland gegenüber 2013 rund 365.000 Euro (1,48 Prozent). Pastor Werner Dullinger (Ostfildern bei Stuttgart), Schatzmeister des Süddeutschen Verbandes, wies darauf hin, dass die Wirtschaftskraft in der Bundesrepublik unterschiedlich verteilt sei, wie das Spendenverhalten zeige. „Während ein Adventist in Ostdeutschland durchschnittlich 1.269 Euro und in Norddeutschland 1.303 Euro gab, waren es in Süddeutschland 1.668 Euro pro Mitglied.“

Von den 50,8 Millionen Euro gingen 3,4 Millionen Euro in die Außenmission, 8,4 Millionen Euro verblieben bei den Ortsgemeinden. Die Adventisten erheben keine Kirchensteuer, sondern unterhalten ihre Pastoren und Institutionen durch freiwillige Gaben, zu denen auch der biblische Zehnten gehört. Viele Mitglieder würden neben zehn Prozent ihres Einkommens weitere Spenden für besondere Projekte geben, so Dullinger.

Chemiewaffen weltweit ächten

Bonn/APD Auf die nach wie vor bestehenden Gefahren von chemischen Waffen hat die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) hingewiesen. Trotz internationaler Abkommen spielten in aktuellen Konflikten wie in Syrien oder dem Herrschaftsgebiet der Terrororganisation IS

chemische Waffen immer noch eine unheilvolle Rolle, mahnte der EAK-Bundesvorsitzende Dr. Christoph Münchow (Radebeul).

Es habe den Anschein, dass die Gefahren von Chemiewaffen vielen Menschen in der Gesellschaft nicht bewusst seien, meinte der Geschäftsführer der EAK, Wolfgang Burggraf (Bonn). Darum wäre es wichtig, sich immer wieder zu vergegenwärtigen, welche abscheulichen Auswirkungen chemische Waffen mit sich bringen würden. Noch heute seien beispielsweise weite Landstriche in Vietnam kontaminiert und die Menschen würden dort noch 40 Jahre nach dem Einsatz chemischer Waffen unter Missbildungen, Krebs oder Herz- und Gefäßerkrankungen leiden.

Gerade Deutschland habe eine besondere Verantwortung, auf die Gefahren von chemischen Waffen hinzuweisen, betonte Christoph Münchow. Vor 100 Jahren, im April 1915, sei es Deutschland gewesen, das im Ersten Weltkrieg bei Ypern als erster Staat Giftgas in einem Krieg eingesetzt habe und damit den Tod von Tausenden von Soldaten verursachte, erinnerte der EAK-Bundesvorsitzende. Schon damals wäre dieser Giftgaseinsatz ein Kriegsverbrechen gewesen, und damals sei ein Tabu gebrochen worden. Für Münchow ist die Konsequenz eindeutig: Chemiewaffen gehörten geächtet und alle Chemiewaffenbestände, die es heute immer noch gibt, müssten schnellstmöglich vernichtet werden.

Neuer Vorsteher und Sekretär für die Berlin-Mitteldeutsche Vereinigung der Adventisten

Leipzig/APD Pastor Gunnar Scholz (51) ist neuer Vorsteher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Mitteldeutschland. Die in Leipzig tagenden Delegierten der 151 Adventgemeinden und der Pastorenschaft in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wählten ihn für die nächsten vier Jahre in dieses Amt. Scholz war bisher Abteilungsleiter für Gemeindeaufbau der Freikirche in Berlin-Mitteldeutschland. Der neue Vorsteher ist mit Ehefrau Heidrun verheiratet und hat drei Kinder. Er tritt die Nachfolge von Pastor Johannes Scheel an, der 8 Jahre lang den Adventisten in Berlin-Mitteldeutschland vorstand.

Zum neuen stellvertretenden Vorsteher und Sekretär (Geschäftsführer) wählten die Delegierten Pastor Thilo Foth (46) für die nächsten vier Jahre. Foth war seit 2001 stellvertretender Vorsteher, Sekretär (Geschäftsführer) und Abteilungsleiter der Hansa-Vereinigung (Hamburg,

Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Er ist verheiratet mit Ehefrau Sonja und hat drei Kinder. Foth tritt die Nachfolge von Simon Krautschick an, der die Aufgabe seit 2007 wahrgenommen hatte.

Neuer Abteilungsleiter für Gemeindeaufbau wurde Marc Gunnar Dillner (40). Er tritt die Nachfolge von Gunnar Scholz an, der die Abteilung seit 2009 leitete.

Die Delegierten bestätigten in ihren Aufgaben für weitere vier Jahre Schatzmeister Carsten Köhler (57), Pastor Alexander Schulze (39), Abteilungsleiter für Jugend, Pfadfinder und Kinder, Pastor Reinhard Jurke (61), Abteilungsleiter für das Predigtamt und Michael Götz (53), Abteilungsleiter für das Advent-Wohlfahrtswerk in Berlin-Mitteldeutschland.

In Berlin-Mitteldeutschland gibt es 7.072 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 151 Kirchengemeinden, die von 65 Pastoren betreut werden.

„Auf die Lehrer kommt es an!“

Bildungskongress der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt

Darmstadt/APD Über 160 Lehrkräfte aus Deutschland, Österreich und der Schweiz nahmen vom 14. bis 16. Mai am ersten adventistischen Bildungskongress im Schulzentrum Marienhöhe der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten teil. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Auf die Lehrer kommt es an!“. Sie wurde vom Verbund adventistischer Schulen in Deutschland (VaSiD) durchgeführt.

„Je mehr Beschränkungen, desto mehr Beschränkte“
 „Wer den Menschen misstraut, dass sie selber die richtigen Entscheidungen treffen können, muss sie mit Warnhinweisen umstellen“, gab Pastor Johannes Naether, Hannover, Vorsitzender der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, zu bedenken. Eine Lehrkraft müsse sich deshalb die Fragen stellen: Sehe ich im Kind oder Jugendlichen einen Menschen, der das Potential zur Mündigkeit und Selbstverantwortung in sich trägt und dem ich die Begleitung zur Entfaltung dieser Möglichkeiten bereitstelle? Oder sehe ich im Schüler eher jemanden, der vor seiner Unvernunft und seinen latent angelegten Schwächen bewahrt und geschützt werden muss? Lehrkräfte sollten sensibel mit Vorschriften und Regeln umgehen. Naether formulierte es drastisch: „Je mehr Beschränkungen, desto mehr Beschränkte.“ Die Grundausrichtung Vertrauen oder Misstrauen sei entscheidend, um helfen zu können, die Persönlichkeit

der Schüler und Schülerinnen herauszubilden.

Der Leiter des Schulzentrums Marienhöhe, Gunter Stange, ergänzte: Es gelte die Lehrpläne auf das „wahre Leben“ umzuschreiben, um den Lehrstoff einer künftigen Generation zu vermitteln.

Veränderungen sind möglich, wenn die Realität anerkannt wird

In einem Grundsatzreferat befasste sich Dr. Thomas Steininger, Darmstadt, mit der Frage: „Was macht eine für Schüler förderliche Lehrerpersönlichkeit aus?“ Der Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeut mit eigener Praxis, Schulpsychologe am Schulzentrum Marienhöhe sowie Professor für Kinder- und Jugendlichenseelsorge und Psychotherapie an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, ging von der Grundannahme aus: „Jeder Mensch hat im tiefsten Inneren den Wunsch, ganz und gar erkannt und trotzdem ganz und gar geliebt zu werden.“ Dazu gehöre, dass sich ein Kind mit einem reifen Erwachsenen identifizieren möchte, wenn dieser von den Wachstumsmöglichkeiten des Kindes überzeugt ist. Veränderungen seien nur möglich, wenn die Realität anerkannt werde wie sie ist und nicht, wie man sie gerne hätte.

Über Werte ins Gespräch kommen

Dr. Thomas Bürger, Oberstudienrat am Institut für Sozialpädagogik und Didaktik der Sozialwissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen, befasste sich mit der Rolle von Werten beim Unterrichten. Er stellte fest, dass ein Wandel von Werten gleichzeitig mit einem Werteverlust verbunden wäre. Werte seien aber auch kulturell bedingt. Die PISA-Studien zeigten für Deutschland, dass hierzulande Schüler bessere Leistungen erbringen würden, wenn die Distanz zum Lehrer geringer ausfalle, die Individualität des Lernenden gestärkt werde und eine klare Struktur im Unterricht vorhanden sei. Doch das gelte vor allem für Schülerinnen und Schüler aus der heimischen Mittelschicht. Bei Lernenden, etwa mit Migrationshintergrund, könne die Freiheit zur Individualität dahin führen, dass die Lernbereitschaft abnehme. Deshalb gelte es über Werte ins Gespräch zu kommen, denn sie hätten ihre Berechtigung in den jeweiligen Kulturen.

Ganzheitliche Bildung

Heinz Schlumberger, Tübingen, Abteilungsleiter für Bildung des Süddeutschen Verbandes der Siebenten-Tags-Adventisten, stellte das Leitbild für adventistische Schulen in Deutschland vor. Die Grundlage von Bildung und Erziehung sei dabei das christliche Menschenbild. Die Bildungsverantwortung adventistischer Schulen leite sich aus der Würde eines jeden Menschen als einzigartigem Geschöpf Gottes ab. Dazu gehöre die Entwicklung der Fähigkeiten und Begabungen, die Gott

als Schöpfer jedem Einzelnen verliehen habe. Diese Begabungen sollten an adventistischen Schulen ganzheitlich, das heißt in kognitiver, körperlicher, seelischer, spiritueller und sozialer Hinsicht entdeckt und herangebildet werden. So würden Kinder und Heranwachsende zu mündigen, wertorientierten und gebildeten Mitgliedern der Gesellschaft erzogen und zum Dienst für die Gesellschaft auf der Grundlage christlicher Werte befähigt.

Schlumpberger wies darauf hin, dass adventistische Schulen von Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis besucht werden könnten.

In zehn Workshops hatten die Kongressteilnehmer die Möglichkeit, sich über neue Ideen und Anregungen im Schulalltag auszutauschen.

Adventistische Schulen weltweit

Die Siebenten-Tags-Adventisten unterhalten mit weltweit 7.842 Schulen – von der Grundschule bis zur Universität – das größte protestantische Bildungsangebot einer Kirche.

In Deutschland betreibt die Freikirche die Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg mit den Fachbereichen Theologie und Christliches Sozialwesen, das Schulzentrum „Marienhöhe“ Darmstadt, mit Gymnasium, Kolleg, Real- und Grundschule sowie Internate, die „Freie Adventschule Oberhavel“ Oranienburg-Friedrichsthal (Grundschule), die „Immanuel-Gesamtschule“ Oranienburg-Friedrichsthal, die „Andrews-Advent-Grundschule“ Solingen, die „Daniel-Schule“ Murrhardt/Baden-Württemberg (Grundschule), die „Elisa-Schule“ Herbolzheim-Tutschfelden/Baden-Württemberg (Grund- und Realschule), die „Josia-Schule“ Isny im Allgäu (Grund- und Hauptschule mit Realschulzweig), die „Advent-Schule“ Heilbronn (Grundschule) sowie die „Salomo-Schule“ Rastatt (Grundschule). Hinzu kommen Kindergärten in Berlin, München, Fürth, Penzberg und eine Heilpädagogische Tagesstätte für Vorschulkinder in Neuburg/Donau.

In der Schweiz unterhält die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten die Privatschule „A bis Z“ in Zürich (Primar- und Sekundarschule) sowie die Privatschule Altavilla (Kindergarten und Primarschule) bei Murten im Kanton Freiburg.

In Österreich gibt es an adventistischen Bildungseinrichtungen das Seminar Schloss Bogenhofen, St. Peter am Hart/Oberösterreich, Bezirk Braunau am Inn, mit Theologischem Seminar, Oberstufenrealgymnasium einschließlich Instrumental-musik und Sprachinstitut („Deutsch als Fremdsprache“).

Privatschulen betreiben die Adventisten in St. Peter am Hart (Volks-/Hauptschule), Klagenfurt (Volksschule), Linz (Volks-/Hauptschule), Lustenau/Vorarlberg (Volks- und Neue Mittelschule) sowie in Wien (Volks-/Hauptschule).

Etliche dieser Schulen waren beim Bildungskongress in Darmstadt mit Informationsständen vertreten.

Die Freikirche unterhält außerdem das Religionspädagogische Institut (RPI) zur Erstellung von Materialien für die Bereiche Kindergottesdienst und Religionsunterricht sowie zur Ausbildung von Familiendiakoninnen und -diakonen für deren Dienst in den Ortsgemeinden. Das Institut für Weiterbildung (IFW) ist der Theologischen Hochschule Friedensau angegliedert und richtet sich mit seinen Angeboten an Pastorinnen und Pastoren, an Führungskräfte und Personal in kirchlichen Dienststellen und Institutionen sowie an ehrenamtliche kirchliche Mitarbeiter in leitenden Aufgaben.

Um Frieden zu bewahren bis an die Grenzen der Diplomatie gehen

Berlin/APD **Drei Jahre lang haben die Evangelischen Akademien in Deutschland an verschiedenen Orten Diskurse über die Auslandseinsätze der Bundeswehr geführt. Die Ergebnisse und Empfehlungen von 43 Veranstaltungen mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Militär, Kirche, Zivilgesellschaft und Medien sind in dem Heft „... dem Frieden der Welt zu dienen“ zusammengefasst. Dieses wurde in der Tagung der Evangelischen Akademie Berlin „Bis an die Grenzen der Diplomatie – Deutschlands Verantwortung für den Frieden“ am 4. Mai vorgestellt.**

Die internationale Staatengemeinschaft und die Bündnissysteme hätten seit 1990 auf die aktuellen Konflikte noch keine befriedigenden Antworten gefunden, so die Zustandsbeschreibung. Um Deutschlands Rolle in der Welt werde gerungen – die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik müsse sich angesichts der aktuellen Krisen und gewaltsam ausgetragener Konflikte in der Ukraine, aber auch im Nahen und Mittleren Osten neuen, strategisch-politischen Fragen stellen. Deutschland werde als Bündnispartner international stärker in die Pflicht genommen und sehe sich mit neuen diplomatischen Aufgaben wie auch mit Forderungen nach zusätzlichem militärischem Engagement konfrontiert. Gefragt sei auch auf europäischer Ebene eine Strategie, die konsequent die zivilen Mittel der Krisenprävention und

Konfliktbearbeitung einsetze und die militärische Intervention auf den äußersten Fall beschränke. Um Krieg zu vermeiden und Frieden zu erhalten, müsse Deutschland bis an die Grenzen diplomatischer Möglichkeiten gehen.

Die Erörterungen der Experten sind als Ergebnisse und Empfehlungen in dem Heft „... dem Frieden der Welt zu dienen“ in fünf Punkten zusammengefasst:

1. „Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung ...“ – Vom Wandel der Diskurse.
2. Friedensethik: Gerechter Frieden im Spannungsfeld von Werten und Interessen.
3. Zivile Krisenprävention und Friedensförderung: Mehr als nur Absichtserklärungen?
4. Instrumente und Strukturen: Kohärenz verbessern, Kapazitäten ausbauen.
5. Friedenslogik in der Außen- und Sicherheitspolitik stärken – Ein vorläufiges Fazit.

Die Ergebnisse und Empfehlungen können abgerufen werden unter: www.evangelische-akademien.de/friedenderwelt

INTERNATIONAL

Präsident der weltweiten Adventisten spricht Nepal sein Beileid aus

„Christi Erbarmen durch unser Handeln sichtbar machen“

Silver Spring, Maryland/USA/APD Aufgrund der Zerstörungen durch das verheerende Erdbeben der Stärke 7,8, welches am Samstag, dem 25. April um 11:56 Uhr Ortszeit die Region um die nepalesische Hauptstadt Kathmandu erschütterte, hat der Präsident der weltweiten Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Pastor Ted N. C. Wilson (Silver Spring, Maryland/USA), den Menschen in Nepal sein Beileid ausgesprochen.

„Das Leiden der Menschen bricht uns das Herz, sodass wir den Tausenden Familien, die Leid erfahren haben, unser aufrichtiges Mitempfinden aussprechen“, sagte Wilson. „Wir haben jetzt die Gelegenheit, die Liebe Christi und sein Erbarmen durch unser Handeln sichtbar zu machen. Adventisten sind aufgerufen, das ihnen mögliche zu tun, um jenen Halt und Trost zu vermitteln, die einen geliebten Menschen verloren haben, und

materielle Unterstützung denen zukommen zu lassen, die Hilfe dringend brauchen.“

Obwohl Adventisten ihren Gottesdienst am Samstag, dem biblischen Sabbat, feiern, sei bisher nicht bekannt, dass „ein Adventist während des Erdbebens getötet wurde“, teilte Pastor Umesh Pokharel, Präsident der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nepal, laut der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“ mit. In Nepal gibt es 8.859 erwachsen getaufte Mitglieder in 26 Kirchen- und 80 Hausgemeinden. Nach einem ersten Überblick seien allerdings vier adventistische Kirchengebäude schwer beschädigt worden.

Da der Samstag in Nepal ein arbeitsfreier Tag ist, würden auch andere christliche Konfessionen am Samstag Gottesdienst feiern. Laut Pokharel seien eine Reihe dieser Christen, die beim Gottesdienstbesuch starben, inzwischen beerdigt worden.

Während des Erdbebens habe der Pastor einen Gottesdienst in der adventistischen Gemeinde in Newari, etwa 20 Kilometer außerhalb von Kathmandu, gehalten. „Wir sahen wie vor unseren Augen Häuser einstürzen. Doch uns geschah nichts, wir blieben bewahrt.“

Das adventistische „Scheer Memorial Hospital“, ein 150-Betten-Krankenhaus außerhalb der Hauptstadt, ist erhalten geblieben, so Pokharel. Es sei mit Hunderten von Menschen, die medizinisch betreut würden, überfüllt. Auch das Bürogebäude der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Nepal in Kathmandu wäre funktionsfähig, sodass Hilfsmaßnahmen mit den Schwerpunkten Notunterkünfte, sauberes Trinkwasser, Hygiene und sanitäre Anlagen vorbereitet würden.

Methodisten gegen Rassismus und für Menschlichkeit

Berlin/APD Mit einem eindringlichen Appell gegen den weltweit zunehmenden Rassismus endete in Berlin die Tagung des Internationalen Bischofsrats der United Methodist Church (UMC), welche im deutschsprachigen Raum die Bezeichnung Evangelisch-methodistische Kirche (EmK) trägt.

„Wir haben es hier mit der Macht der Dunkelheit zu tun“, erklärte der Präsident des Bischofsrats, Bischof Warner Brown, angesichts rassistischer Gewalt in den USA und anderswo. „Deshalb dürfen wir nicht länger schweigen.“ In den USA waren in den vergangenen Monaten etliche unbewaffnete junge Afro-Amerikaner durch gewaltsame Polizeieinsätze zu Tode gekommen – meist ohne Folgen

für die Polizisten. Zahlreiche UMC-Bischöfe hätten bereits öffentlich zu friedlichen Protesten aufgerufen. Es sei aber wirkungsvoller, wenn der ganze Bischofsrat eine Erklärung abgebe, sagte Bischof Gregory W. Palmer aus Ohio. Dem folgte der Rat in der Überzeugung, dass Schweigen angesichts von Rassismus und Angst alles nur noch schlimmer mache. In der Erklärung gegen Rassismus fordern die Bischöfe alle Menschen in der UMC/EmK weltweit dazu auf, „über die eigenen rassistischen Vorurteile und den Missbrauch von Privilegien Buße zu tun“. Weiter heißt es in der Erklärung: „Als Kirche verpflichten wir uns erneut dazu, uns gegen Rassismus und für Menschlichkeit zu engagieren.“ Menschliches Miteinander könne nicht im Hinwegsehen über kulturelle und ethnische Unterschiede entstehen, „sondern indem wir die Vielfalt achten und allen Menschen mit Wertschätzung begegnen“.

In Europa Angst vor Einwanderern überwinden

„Gewalt und Unruhen sind die Sprache der Ungehörten“, sagte Bischof Julius Calvin Trimble (US-Bundesstaat Iowa). In vielen amerikanischen Städten sei das Verhältnis zwischen der Polizei und schwarzen Jugendlichen schon lange gestört. Die Kirchen vor Ort müssten hier vermittelnd eingreifen und die Menschen miteinander ins Gespräch bringen. Europa stehe dabei vor ähnlichen Herausforderungen wie die USA. „Es gibt immer mehr Einwanderer, und das macht den Menschen Angst.“ Hier müssten die Kirchen den Menschen helfen, Unterschiede zu verstehen, sagte Trimble.

Bischöfin Wenner: Veränderungen positiv mitgestalten

Rosemarie Wenner, Bischöfin der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland, zog eine positive Bilanz der ersten Sitzung des UMC-Bischofsrats in der Bundesrepublik. Vieles sei anders gewesen als bei früheren Treffen, „weil die meisten Bischöfe und Bischöfinnen in einem anderen Kontinent und einem fremden Sprachraum waren“. Besonders die Begegnungen mit Berliner Kirchengemeinden und ökumenischen Partnern seien „sehr bereichernd“ gewesen, und die besondere Woche mit der Erinnerung an das Kriegsende vor 70 Jahren „hat uns an die Teilung Deutschlands, aber auch an gelungene Versöhnungsprozesse erinnert“. All das habe dazu beigetragen, Veränderungen positiv mitzugestalten und sich entschieden gegen Rassismus und für Einheit in Vielfalt einzusetzen. „So kann unsere Kirche durch die Gemeinden in aller Welt Menschen in die Nachfolge Christi rufen und zu Veränderungen zum Guten beitragen.“

UMC International

Von den weltweit etwa 80 Millionen Methodisten zählen zur United Methodist Church (UMC/EmK) zwölf Millionen Kirchenmitglieder, davon 7,7 Millionen in den USA, 4,2

Millionen in Afrika, 145.000 auf den Philippinen und 64.000 in Europa und Eurasien. Davon leben in Deutschland rund 32.000 Kirchenglieder, in der Schweiz 8.000 und in Österreich 1.500. Organisiert sind die Regionen weltweit in 66 Bischofssprengeln, davon 46 in den USA und 20 in Afrika, den Philippinen und in Europa. Zum Bischofsrat gehören die 66 aktiven Bischöfe, darunter 15 Frauen, und 89 im Ruhestand befindliche Bischöfe.

In der Regel kommt der Bischofsrat in den USA zusammen. Jährlich findet mindestens eine Sitzung statt. Alle vier Jahre wird eine Tagung außerhalb den USA durchgeführt. Der Präsident des Bischofsrats leitet die Ratssitzungen, hat über die anderen Ratsmitglieder aber keine besondere Autorität oder Weisungsbefugnis. Präsident des Bischofsrats ist Warner H. Brown jun., Bischof der Kalifornien-Nevada-Konferenz. Seine Vorgängerin als Ratspräsidentin war Bischöfin Rosemarie Wenner.

Lutheraner und Adventisten initiieren in Rom einen Martin-Luther-Platz

Florenz/Italien/APD Zwei Jahre vor dem Reformationsjubiläum 2017 werde auch Rom einen Martin-Luther-Platz erhalten, meldete der Informationsdienst der evangelischen Kirchen in Italien, „Notizie evangeliche“ NEV, in der April-Ausgabe. Der Platz soll an den Besuch des späteren Reformators in der ewigen Stadt erinnern.

Sechs Jahre nach der Eingabe an die Behörden im Jahr 2009 durch die Evangelisch-Lutherische Kirche in Italien (CELI) und die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Italien (UICCA) habe der Stadtrat seine Zustimmung erteilt, in Rom einen Martin-Luther-Platz zu schaffen, so NEV. Die Kommission für Namensgebung habe bereits am 7. Juni 2010 eine zustimmende Antwort gegeben, nun sei aber auch die Örtlichkeit festgelegt. Im Monte-Stadtteil, im Stadtzentrum von Rom, soll im Colle Oppio Park, gegenüber vom Kolosseum, der „Martin-Luther-Platz – Deutscher Theologe (1483 – 1546)“ geschaffen werden.

Pastor Heiner Bludau, Dekan der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Italien, sei erfreut, dass der Beschluss vor dem Jubiläum im Jahr 2017 gefasst worden sei, teilte der Pressedienst NEV mit. Als über Luthers Besuch in Rom nachgedacht wurde, sei die Bedeutung dieses Aufenthalts in Rom für die Reformation und die europäische Geschichte klar gewesen. „Einen Platz in Rom nach dem einflussreichen

Reformator zu benennen, hat einen großen symbolischen Wert“, betonte Pastor Bludau.

Kirchliche Verkündigung in der säkularen Gesellschaft

Vom Beharren auf traditionellen Formen bis zum Aufgehen im modernen Humanismus

Bensheim/APD Die Kommunikation des Evangeliums in der säkularen Gesellschaft war das Thema der diesjährigen Konferenz des Evangelischen Arbeitskreises für Konfessionskunde in Europa (EAKE) in Prag. Vom 7. bis zum 10. Mai kamen 25 protestantische Kirchenvertreter aus neun europäischen Staaten in der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder zusammen.

Tabita Landová, Dozentin am Lehrstuhl für Praktische Theologie an der Karlsuniversität Prag, zeichnete in ihrem Hauptvortrag zunächst das Bild der modernen Gesellschaften mit einer weltanschaulichen Multioptionskultur. Bildlosigkeit, Sprachlosigkeit und Gemeinschaftslosigkeit kennzeichnen die Kirchengemeinden in der säkularen Gesellschaft. Landová unterschied anschließend drei gängige Reaktionsmuster der Kirchen: Erstens das Beharren auf traditionellen liturgischen Formen und kirchlicher Praxis, die vor allem von katholischen, orthodoxen und teilweise auch lutherischen Theologen vertreten werde; zweitens einen evangelikalen Zugang, der die Moderne als gegensätzlich zu den christlichen Werten betrachte, sich zugleich jedoch moderner Kommunikationsformen bediene; und drittens einen „protestantischen Mainstream“, der methodisch und von den Verkündigungsinhalten her „in den humanistischen Tendenzen der Moderne“ aufzugehen drohe. Demgegenüber plädierte Landová dafür, Gottesdienste als „ein außerordentliches Grenzereignis zu begreifen und zu gestalten“.

Zum Abschluss der Tagung am Sonntag feierten die Delegierten gemeinsam Gottesdienst in der deutschsprachigen evangelischen Kirche Sankt Martin in der Mauer unter der Leitung von Pfarrerin Andrea Pfeifer; die Predigt hielt Professor Dr. Martin Friedrich, Studiensekretär der Gemeinschaft Europäischer Kirchen (GEKE) mit Sitz in Wien.

Die zur Tagung angereisten Delegierten kamen in diesem Jahr aus 14 unterschiedlichen protestantischen Kirchen in neun Ländern: Deutschland, Italien, Tschechien, Rumänien, Österreich, Ungarn, Finnland,

der Slowakei und Frankreich. Träger des EAKE ist der Evangelische Bund in Deutschland und Österreich. Gastgeber war in die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder in Tschechien. Die 53. Jahrestagung wird vom 21. bis 24. April 2016 bei der Evangelisch-Reformierten Kirche in Beregszász in der Ukraine stattfinden.

Interreligiöse Initiative ruft 191 Staaten zum Verbot von Atomwaffen auf

Genf/Schweiz/APD „Atomwaffen sind mit den Werten unserer jeweiligen Glaubenstraditionen unvereinbar“, betonten Vertreterinnen und Vertreter von rund 50 christlichen, buddhistischen, muslimischen und jüdischen Organisationen. Die interreligiöse Erklärung richtet sich als gemeinsamer Aufruf an die 191 Regierungen, welche den Atomwaffensperrvertrag zur Nichtverbreitung und Abrüstung von Kernwaffen unterzeichnet haben. Der Aufruf, mitgetragen vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), wurde an der in New York vom 27. April bis 22. Mai tagenden neunten Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) im Rahmen von Referaten der Zivilgesellschaft gemacht.

„Wir erheben unsere Stimmen im Namen unserer gemeinsamen Werte von Menschlichkeit. Wir lehnen die unmoralische Geiselnahme ganzer Bevölkerungen ab“, heißt es in der Erklärung, welche an die Vereinten Nationen von Dr. Emily Welty, Vizevorsitzende der ÖRK-Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten, übermittelt wurde. „Es besteht keine ausgleichende Notwendigkeit, welche die andauernde Existenz [von Atomwaffen] rechtfertigen würde, und noch weniger deren Gebrauch“, sagte Welty.

Die Unterzeichnenden aus Europa, Asien und Nordamerika würden in der Erklärung versprechen, ihre jeweiligen Glaubensgemeinschaften stärker auf die unmenschliche Natur von Kernwaffen aufmerksam zu machen. Sie würden die Regierungen dringend aufrufen, die Stimmen von Atombomben-Überlebenden nicht zu überhören und in einem „Forum, welches allen Staaten offen steht und von keinem blockiert werden kann“ Verhandlungen zu einem Atomwaffenverbot einzuleiten.

Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki

Der 70. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki spielt bei der diesjährigen Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über die

Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) eine große Rolle, heißt es in der ÖRK-Medienmitteilung. An Plenarsitzungen, Seminaren und bei einer öffentlichen Kundgebung hätten Überlebende des Atombombenangriffs – die meisten bereits über 80 Jahre alt – ihren Ruf zum Atomwaffenverbot wiederholt.

Seit der letzten Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) im Jahr 2010 hätten neue Nachweise über die katastrophalen humanitären, ökologischen und anderen Auswirkungen von Kernwaffen die Kluft zwischen den wenigen Atommächten und den 186 Staaten, die versprochen haben, nie solche zu besitzen, vertieft. Mit aktiver Unterstützung der Zivilgesellschaft, darunter der Kirchen, wachse die Dynamik zur Verbreitung eines Verbots durch die Mehrheit der Nichtkernwaffenstaaten. ÖRK-Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen aus sechs Kontinenten hätten ihre Regierungen aufgefordert, an der diesjährigen NVV-Konferenz ihre Unterstützung für ein solches Verbot kund zu tun.

Aufruf zu einer NVV-Erklärung „Faith Communities Concerned about the Humanitarian Consequences of Nuclear Weapons“ (englisch):

http://www.reachingcriticalwill.org/images/documents/Disarmament-fora/npt/revcon2015/statements/1May_Faith.Communities%20.pdf

„Frieden ist eine Entscheidung“

Gespräch mit Bausoldaten und Kriegsdienstverweigerern aus Südkorea

Hamburg/APD Zum Gespräch mit Bausoldaten aus der ehemaligen DDR und Kriegsdienstverweigerern aus Südkorea lud das Ökumenische Forum HafenCity Hamburg am 29. April ein. Während es in der DDR den waffenlosen Militärdienst als Bausoldat gab, gibt es solch eine Alternative in Südkorea nicht. Dort erwartet die Kriegsdienstverweigerer das Gefängnis.

Als waffenloser Bausoldat in der DDR

Bausoldaten waren Angehörige der Baueinheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) in der DDR, erläuterte der ehemalige Bausoldat Pfarrer Friedrich Kramer, Direktor der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt in Wittenberg. „Der Dienst als Bausoldat war für DDR-Bürger eine Möglichkeit, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, die es in sonst keinem anderen sozialistischen Land gab.“ Es habe sich jedoch nicht um einen zivilen Wehersatzdienst gehandelt. „Der Dienst als Bausoldat konnte sich nachteilig auf Ausbildungs-, Studiums- und Aufstiegschancen auswirken.“

Die NVA sei zwar schon 1956 als reguläre Streitkraft der DDR gegründet worden, doch die allgemeine Wehrpflicht habe es erst seit 1962 gegeben, informierte Kramer. Am 7. September 1964 schuf die „Anordnung zur Aufstellung von Baueinheiten“ die Möglichkeit eines waffenlosen Dienstes innerhalb der NVA. Er sei für jene Wehrpflichtigen gedacht gewesen, die aus religiösen Anschauungen den Wehrdienst mit der Waffe verweigerten. Die Uniform zeigte einen kleinen Spaten auf den Schulterklappen, so dass sich die Verweigerer untereinander als „Spatensoldaten“ bezeichnet hätten.

Von den etwa 25.000 Wehrpflichtigen, die sich zu den Bausoldaten meldeten, seien etwa 15.000 eingezogen worden, so Pfarrer Kramer. Bis 1973 wurden diese Einheiten auch zum Bau von militärischen Anlagen eingesetzt. Nach Beschwerden der Kirchen erhielten Bausoldaten „zivile“ Aufgaben in militärischen Einrichtungen als Gärtner, Krankenpfleger in Militärkrankenhäusern oder Küchenhelfer. Insbesondere in den letzten Jahren der DDR arbeiteten viele Bausoldaten aber auch in Großbetrieben, die unter Arbeitskräftemangel litten, beispielsweise in der Chemischen Industrie oder in Braunkohlentagebauen. Kramer bezeichnete die dort Eingesetzten als „billige Arbeitssklaven“. Es habe in der DDR aber auch Kriegsdienstverweigerer gegeben, welche den waffenlosen Dienst als Bausoldaten ebenfalls ablehnten. Von den rund 6.000 Totalverweigerern seien 3.144 zu Gefängnisstrafen von acht bis 22 Monaten verurteilt worden. Viele davon wären Zeugen Jehovas gewesen, andere evangelische Christen oder Pazifisten ohne religiöse Bindung. Die christlichen Bausoldaten seien auch nach ihrer Dienstzeit miteinander in Kontakt geblieben. Als Widerständler hätte sie bei der Wende in der DDR mit dem Slogan „Keine Gewalt!“ zur friedlichen Revolution beigetragen, betonte Kramer.

In dem gezeigten neuen halbstündigen Dokumentarfilm von Johannes Meier „Schwerter zu Spaten“ kommen neben Kramer auch andere Bausoldaten mit ihren Erfahrungen zu Wort. Darunter der Bürgerrechtler und Pfarrer Rainer Eppelmann, der als „Minister für Abrüstung und Verteidigung“ der letzten DDR-Regierung mit der Auflösung der NVA beauftragt wurde, sowie Andreas von Maltzahn, von 1980 bis 1982 Bausoldat, und gegenwärtig Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern (Sitz Schwerin) der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland.

Haftstrafe für Kriegsdienstverweigerer in Südkorea

Die südkoreanische Bürgerrechtsaktivistin Yeo-ok Yang von der Organisation „World Without War“ (Welt ohne Krieg) informierte, dass in ihrem Land derzeit etwa 700 Kriegsdienstverweigerer in Haft seien. Das wären rund 95 Prozent aller weltweit inhaftierten Verweigerer. Die

seit Ende des Koreakrieges 1953 bestehenden Spannungen mit Nordkorea benutze die südkoreanische Regierung, um die Militarisierung und ein striktes Militärsystem aufrecht zu erhalten. Das Land unterhalte bei 50 Millionen Einwohnern eine Armee von 685.000 Männern und Frauen und habe damit die fünftgrößte Armee der Welt. Alle Männer seien wehrpflichtig. Die Dauer des Militärdienstes betrage zwischen 21 und 24 Monaten. Es gebe kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung und deshalb auch keine alternativen waffenlosen oder zivilen Dienste.

Alle, welche die Militarisierung in Korea in Frage stellten, zahlten einen hohen Preis. So würden Kriegsdienstverweigerer in aller Regel zu 18 Monaten Haft verurteilt und in der Gesellschaft diskriminiert. Sie würden nie einen Arbeitsplatz beim koreanischen Staat bekommen, auch alle Großbetriebe stellten keine Kriegsdienstverweigerer ein.

Myung-jin Moon berichtete über seine Erfahrungen als Kriegsdienstverweigerer in Südkorea. Er habe erstmals im Jahr 2006 über eine Wehrdienstverweigerung nachgedacht, als er beobachtete, wie die koreanische Bereitschaftspolizei mit Gewalt gegen Demonstranten vorging. Am 14. Dezember 2010, dem Tag seiner Einberufung, hielt er eine Pressekonferenz vor dem Verteidigungsministerium ab und verkündete seine Wehrdienstverweigerung. Am 30. März 2011 wurde er zu 18 Monaten Haft verurteilt. Er sei mehrere Monate mit 15 weiteren Häftlingen in einer Zelle eingesperrt gewesen, hätte täglich zwölf Stunden in der Küche für die Versorgung der 900 Gefangenen arbeiten müssen und einen freien Tag habe es nur alle zwei Wochen gegeben. In Südkorea würden Kriegsdienstverweigerer als verrückt erklärt. Deshalb sei für ihn die Unterstützung von Gleichgesinnten, gerade auch aus anderen Ländern, sehr wichtig gewesen. Heute engagiere sich Moon in der weltweiten Friedensbewegung.

„Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht“

Professor Dr. Fernando Enns von der Arbeitsstelle Theologie der Friedenskirchen an der Universität Hamburg und der Vrije Universiteit Amsterdam bedauerte, dass Kriegsdienstverweigerung bei den christlichen Kirchen in Südkorea kein Thema sei. Ihm sei von Vertretern einiger dieser Kirchen zu verstehen gegeben, dass es bei ihnen solche Verweigerer nicht gebe. Es handele sich lediglich um Zeugen Jehovas, zu denen man aber keinen Kontakt pflege. Dem widersprach Enns. Er erinnerte daran, dass Sang-Min Lee, Mitglied der kleinen „Gnade und Frieden“-Mennonitengemeinde in Seoul ebenfalls im Jahr 2013 wegen Kriegsdienstverweigerung zu 18 Monaten Haft verurteilt worden sei. Kriegsdienstverweigerung sei ein Menschenrecht. Dabei komme es nicht darauf an,

welcher Religion man angehört. Südkorea müsse als demokratischer Staat seinen Bürgern auch das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung garantieren.

Auch Adventisten setzen sich für waffenlosen Dienst ein. Laut Holger Teubert, Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland und freikirchlicher Vertreter im Vorstand der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK), empfehle die Freikirche ihren wehrpflichtigen Mitgliedern weltweit als „Nichtkämpfer“ einen waffenlosen Dienst oder einen Zivildienst zu leisten. Wo dies nicht möglich sei, müsse jeder seine eigene Gewissensentscheidung treffen, ob er eine Waffe in die Hand nimmt.

In der früheren DDR seien die meisten wehrpflichtigen Adventisten zu den Bausoldaten gegangen. Da es in Südkorea Alternativdienste nicht gebe, kämen auch Adventisten immer wieder in Konflikt. So seien beispielsweise die adventistischen Studenten Young-chul Yoon und Hwi-jai Lim wegen Kriegsdienstverweigerung ebenfalls zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Dasselbe gelte für fünf weitere Adventisten, welche als Reservisten bei Wehrübungen den Waffendienst verweigerten. Die adventistische Kirchenleitung in Südkorea fordere seit Jahren vergeblich das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gesetzlich zu regeln.

Elektronische Stimmabgabe und Agenda bei Weltsynode der Adventisten

Silver Spring, Maryland/USA/APD Die 60. Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten wird vom 2. bis 11. Juli im Alamodome Stadion in San Antonio, Texas/USA, stattfinden. Laut der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“ (AR) werden die fast 2.700 Delegierten aus der ganzen Welt elektronisch abstimmen können, über eine mobile App verfügen und damit Zugang zu einer elektronischen Tagesordnung haben. Die Tagesordnung sei auch für die Öffentlichkeit zugänglich.

Mit der elektronischen Stimmabgabe würden die Endergebnisse mittels eines Balkendiagramms an einem Bildschirm auf dem Podium angezeigt und stundenumgehend zur Verfügung, sagte Myron Iseminger, stellvertretender Leiter des Sekretariats der adventistischen Weltkirchenleitung. Das ermögliche eine

größere Genauigkeit und biete mehr Anonymität gegenüber den Stimmkarten von früher. Gleichzeitig lindere es möglicherweise bei einigen Delegierten den Druck, die meinten, auf eine bestimmte Weise abzustimmen zu müssen, so Iseminger.

Bis jetzt hätten nur die Delegierten der Weltsynode die Tagesordnung erhalten, sagte Myron Iseminger. Es sei aber kein Aufwand, diese auf der Website der Weltsynode (<http://2015.gcsession.org/>) zu publizieren, was für den 20. Mai vorgesehen sei. Damit könne die Öffentlichkeit die Abläufe der Geschäftssitzungen besser verfolgen.

Demnach gehe es um die Wahl der Weltkirchenleitung, Abstimmungen über Anpassungen in den adventistischen Glaubensüberzeugungen (Fundamental Beliefs) sowie in der Gemeindeordnung (Church Manual) und über Änderungen in der Verfassung sowie der Geschäftsordnung der weltweiten Kirche.

Die Sitzungen der zehntägigen Weltsynode beginnen mit Ausnahme des Samstags (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, um acht Uhr mit einer Andacht. Daran schließen sich je zwei Geschäftssitzungen am Morgen und Nachmittag an. Das Abendprogramm wird eingeleitet mit einem kurzen Musikbeitrag worauf Berichte aus den dreizehn Weltregionen der Kirche folgen.

Adventisten überwinden Kirchenspaltung in Ungarn

Pécel/Ungarn/APD Mit der Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung zur Vergangenheitsbewältigung und dem Aufbau einer vereinten Zukunft“ geht eine 40-jährige Kirchenspaltung der Adventisten in Ungarn zu Ende. Die dortige Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten und die „Christliche adventistische Gemeinschaft“ (KERAK) wollen Verletzungen der Vergangenheit heilen und miteinander ihre Zukunft gestalten.

Die gemeinsame Erklärung wurde am 23. April in Pécel bei Budapest von Pastor Tamás Ócsau, Präsident der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Ungarn, und von Pastor János Cserbik, Präsident der KERAK, unterzeichnet. Darin werde, so der Pressedienst der adventistischen Kirchenleitung in Nord- und Südosteuropa „tedNEWS“, die Aufforderung der Bibel zur Einheit und Vergebung hervorgehoben und für beiderseitiges Fehlverhalten um Entschuldigung gebeten. Beide Seiten verpflichteten sich gemeinsam an der Zukunft zu bauen, um Gottes Auftrag, den er der Gemeinde Jesu anvertraut habe, zu erfüllen.

Laut „tedNEWS“ kam es 1975 während der Regierungszeit der Kommunisten zur Spaltung, als eine Gruppe junger Pastoren und Gemeindemitglieder die adventistische Kirchenleitung in Ungarn der Kollaboration mit der Regierung beschuldigte. Nach Unruhe, welche die Kirche erschütterte, seien die meisten Mitglieder dieser Gruppe ohne stichhaltige biblische Gründe aus der Kirche ausgeschlossen worden. Während des Kommunismus organisierten sich die Ausgeschlossenen als Untergrundkirche. Nach der politischen Wende in Ungarn (1989) wurden die Schismatiker als religiöse Gemeinschaft staatlich anerkannt und behielten in der Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit der Mutterkirche ihre adventistische Identität bei. Vor 25 Jahren entstand daraus die Christliche adventistische Gemeinschaft (KERAK), welche sich in den folgenden Jahren immer stärker von der Mutterkirche distanzierte.

Obwohl nach der kommunistischen Ära der Vorwurf der Kollaboration mit der Regierung nicht mehr erhoben werden konnte, so „tedNEWS“, entfernten sich beide adventistischen Gemeinschaften immer mehr voneinander. Jahrelange Bemühungen der Weltkirchenleitung und der Leitung in Nord- und Südosteuropa (TED) der Adventisten konnten die Spaltung nicht beheben. Zwar hätten sich etliche Ortsgemeinden und auch Pastoren der KERAK der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten wieder angeschlossen, doch die Leitung der KERAK sei selbst nach intensiven Gesprächen um Einigung auf Distanz geblieben. Erst Gespräche mit einer neuen Generation von KERAK-Leitern im Jahr 2011 hätten einen Durchbruch erzielt, sodass jetzt die gemeinsame Erklärung unterzeichnet werden konnte.

Die Christliche adventistische Gemeinschaft (KERAK) in Ungarn besteht aus sechs Verwaltungsregionen mit 79 Gemeinden und 1.620 Mitgliedern.

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten wurde 1912 in Ungarn gegründet. Es versammeln sich 4.684 erwachsen getaufte Mitglieder in 105 Kirchengemeinden zum Gottesdienst. Die dortigen Adventisten unterhalten ein Theologisches Seminar, ein Verlagshaus sowie ein Alten- und Pflegeheim.

ENTWICKLUNG

ADRA-Nothilfe für Nepal läuft an

Weiterstadt bei Darmstadt/APD Nach Mitteilung von Martin Haase (Weiterstadt), Pressesprecher der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, haben ADRA International 100.000 US-Dollar (92.000 Euro), ADRA Schweiz 100.000 Franken (96.000 Euro) und ADRA Deutschland 20.000 Euro für erste Hilfsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Das Hilfswerk bittet um weitere Spenden für Nepal.

Prakash Thakur, Mitarbeiter von ADRA Deutschland, ist laut Haase bereits in der Hauptstadt Kathmandu eingetroffen, um mit dem örtlichen ADRA-Büro die weiteren Hilfsmaßnahmen abzusprechen. Projektleiter Thomas Petracek von ADRA Deutschland sei angesichts der Katastrophe erleichtert, „dass unser ADRA-Gebäude in Kathmandu steht und keinem der ADRA-Mitarbeiter etwas passierte. Sie versuchen bereits zu helfen, auch wenn sie selbst betroffen und traumatisiert sind.“

ADRA (Adventist Development and Relief Agency) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation. ADRA Deutschland wurde 1987 von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gegründet und gehört zum weltweiten Netzwerk der 140 nationalen ADRA-Büros.

ADRA verteilt Lebensmittel und Zeltbahnen in Nepal

Wien/Österreich/APD Mitarbeiter der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA haben 1.000 Nahrungsmittelpakete mit Reis, Linsen, Nudeln, Zucker, Salz und Öl an Familien in entlegenen Dörfern des Distrikts Dhading verteilt. Ein Paket reicht aus, um eine sechsköpfige Familie für zwei Wochen satt zu machen, informierte Marcel Wagner, Direktor von ADRA-Österreich.

Außerdem verteilte ADRA rund 2.200 Zeltplanen und 90 Zelte in Lalitpur, Dhading und Kavre. Es sei dringend nötig, so Wagner, dass die betroffenen Familien jetzt genügend Material für Unterkünfte bekämen, da bald der Monsun beginne und es dann 3 Monate lang ständig regnet.

Zelte für Gesundheitsposten

Etwa 80 bis 100 Prozent der Gesundheitsposten in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten seien zerstört. In Zusammenarbeit mit „GlobalMedic“ würden Großzelte als Notbehelf für die zerstörten Gesundheitsposten zur Verfügung gestellt, damit das dortige Gesundheitspersonal weiterhin die Verletzten und Kranken betreuen könne und Geburten unter medizinischer Obhut stattfinden.

ADRA organisiere gemeinsam mit dem adventistischen Scheer Memorial Hospital in Banepa mobile Gesundheitscamps. Das Gesundheitsteam dieser Camps werde von Dorf zu Dorf reisen und dort besonders schwangere Frauen betreuen und solche, die gerade ein Baby zur Welt gebracht haben. Zudem würden Laboruntersuchungen durchgeführt und Patienten psychosoziale Betreuung angeboten. Patienten, die eine komplexere Behandlung benötigten, würden ans Scheer Memorial Hospital weitergeleitet und dort behandelt.

Yuba Raj Chaudhary, Interim-Landesdirektor von ADRA Nepal teilte mit: „Ja, wir stehen unter Stress und haben selber auch Angst vor weiteren Nachbeben. Aber wir tun alles, um denen zu helfen, die alles verloren haben.“

Ab Juni auch in Stendal ein ADRA-Shop

Weiterstadt bei Darmstadt, 15.05.2015/APD Am 3. Juni eröffnet die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA in Stendal in der Frommhagenstraße 8 a den vierten ADRA-Shop in Deutschland. Mit den Gewinnen des Second-Hand-Geschäfts soll Menschen in Not geholfen werden.

Neben dem Angebot von gebrauchter, gut erhaltener Kleidung gibt es im ADRA-Shop auch Haushaltswaren, Dekorationsartikel, Accessoires und Bücher. Durch den Verkauf gespendeter, bereits gebrauchter Ware, werde die nachhaltige Verwendung von wertvollen Ressourcen gefördert und die Umwelt geschützt, so Martin Haase (Weiterstadt bei Darmstadt), Pressesprecher von ADRA Deutschland. Mit ihrem Einkauf unterstützten die Kunden weltweite Projekte des internationalen Hilfswerks in den Bereichen der Katastrophenhilfe und Entwicklungszusammenarbeit.

Die preiswerte Einkaufsmöglichkeit spreche auch Menschen mit niedrigem Einkommen an. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter, die das ADRA-Shop-Team bildeten, leisteten durch ihr Engagement einen wirksamen Beitrag für nachhaltige Hilfe, informierte Haase.

ADRA-Shops gibt es bisher in Weiterstadt, Bergisch Gladbach und Lüdenscheid. Informationen dazu finden sich im Internet unter www.adra.de/adrashops

ADRA (Adventist Development and Relief Agency) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation. ADRA Deutschland wurde 1987 von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gegründet. ADRA unterhält mit 140 nationalen Büros ein weltweites Netzwerk.

KULTUR

Lehrer unter Druck, Medienscouts und Friedenspädagogik in der Schule

Workshops beim adventistischen Bildungskongress

Darmstadt/APD Beim ersten adventistischen Bildungskongress vom 14. bis 16. Mai im Schulzentrum Marienhöhe der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt wurden zehn Workshops angeboten. Die mehr als 160 angereisten Lehrkräfte hatten so die Gelegenheit, sich über aktuelle Fragen ihres Berufsalltags auszutauschen.

Dr. Thomas Bürger, Oberstudienrat am Institut für Sozialpädagogik und Didaktik der Sozialwissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen, besprach mit Kollegen und Kolleginnen das Problem „Handeln unter Druck“. Lehrerinnen und Lehrer wollen Kinder fördern und unterstützen. Gleichzeitig müssen sie beurteilen und auswählen. Problematisch werde es, wenn Pädagogen unter Handlungsdruck gerieten und entscheiden müssten, welche Prioritäten sie setzen. Im Workshop waren sich die Teilnehmenden dieser Spannung bewusst und überlegten, wie sie auf der Basis christlicher Normen und Werte pädagogische Entscheidungen herbeiführen können.

Bei Hans-Jürgen Göbel, Förderschulkonrektor der Wichernschule in Mühlthal bei Darmstadt, ging es um das Thema „Inklusion als Herausforderung für die Lehrer“. In einem inklusiven Bildungssystem lernen Menschen mit und ohne Behinderungen von Anfang an gemeinsam. Dabei wurden verschiedene Aspekte der Inklusion dargestellt und diskutiert.

Wie „Medienscouts Orientierung im digitalen Dschungel“ bieten können, besprach die Diplom-Sozialpädagogin und Jugendreferentin der Adventjugend Mittelrhein,

Dagmar Janssen, Darmstadt. Die zu Medienscouts oder –mentoren ausgebildeten Jugendlichen sollen Mitschülern und Freunden helfen, aufgeklärt und selbstbestimmt mit dem digitalen Netzwerk umgehen zu können.

„Zu welchen Werten und Verhaltensweisen ermutigt das Evangelium Lehrerinnen und Lehrer?“, fragte Dr. Christian Noack, Oberstudienrat mit den Fächern Religion und Geschichte sowie Pädagogischer Leiter am Schulzentrum Marienhöhe Darmstadt. Dabei brachte er die Begriffe Freude, Freiheit und Frieden ins Spiel.

„Friedenspädagogik in der Schule“ lautete das Thema von Dr. Horst Friedrich Rolly, Professor für Vergleichende Erziehungswissenschaften und Dekan für Sozialwesen an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg. Der Bogen spannte sich von der Gewaltbereitschaft in der Schule und Verhaltensregeln für Lehrerschaft und Schüler, über gewaltfreie Methoden der Konfliktbearbeitung, bis hin zur Mitwirkung von Jugendoffizieren der Bundeswehr im Unterricht.

„Wenn wir leben, was wir lehren, können wir andere lehren.“ Mit dieser Weisheit befassten sich Antje Schmidt, Fachleiterin Deutsch, und Frank Remke, Fachleiter Mathematik und Naturwissenschaften, an der adventistischen Immanuelsschule in Oranienburg. Was Schüler von christlichen Lehrern an einer christlichen Schule erwarten, wurde anhand einer Umfrage unter Schülern dargestellt und diskutiert.

Auf die „Ungleichheit im Klassenzimmer“ wies Dr. Thomas Spiegler, Dozent für Soziologie und Sozialforschung an der Theologischen Hochschule Friedensau, hin. Der Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg sei durch die PISA-Studien bekannt. Dennoch gebe es eine große Gruppe von Schülern, die trotz benachteiligter Ausgangsposition einen sehr erfolgreichen Bildungsweg vorzuweisen haben. Basierend auf den Daten einer umfangreichen Friedensauer Studie zu Bildungsaufsteigern wurde im Workshop der Frage nachgegangen, wie solche Wege zu Stande kommen und welche Rolle dabei Lehrerinnen und Lehrer spielen.

„Wie lernen Kinder Vertrauen, Empathie und Solidarität?“ Mit dieser Frage befasste sich der Workshop von Dr. Thomas Steininger. Der Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeut mit eigener Praxis, Schulpsychologe am Schulzentrum Marienhöhe sowie Professor für Kinder- und Jugendlichenseelsorge und Psychotherapie an der Theologischen Hochschule Friedensau, bot die Gelegenheit, Konzepte der Achtsamkeit mit Kindern kennenzulernen und auszuprobieren.

Um „Wertevermittlung und Lehrerpersönlichkeit an öffentlichen Schulen“ ging es Kathrin Weigert, Lehrerin für Deutsch und Englisch und Schulaufsicht am Klenze-Gymnasium in München. Dabei ging es um die Fragen: Welche christlichen Werte sind in der Gegenwart relevant für die Persönlichkeitsbildung der Heranwachsenden und für die Entwicklung unserer Gesellschaft im Ganzen? Wie können Lehrkräfte ganzheitlich orientierte christliche Werte vermitteln, ohne dabei subjektive Überzeugungen einseitig in den Vordergrund zu stellen? Welche Aspekte der Lehrerpersönlichkeit würden dabei die Werteentwicklung der Schüler besonders unterstützen?

Mit einem „Oder“ stellte Stefan Wilhelm, Lehrer für Mathematik, Physik und Informatik am Schulzentrum Marienhöhe, die Behauptung infrage: „Lehrerpersönlichkeit in Mathematik und Naturwissenschaften. Bei uns zählen nur Fakten!“ Im naturwissenschaftlichen Unterricht würden einige Themen zwar existenzielle Fragen ins Spiel bringen, doch von der Lehrkraft werde erwartet, dass sie statt einer persönlichen Überzeugung den objektiven Blick behalte. Die Teilnehmer des Workshops tauschten sich darüber aus, ob und wie sich individueller Glaube und Werte mit wissenschaftlichem Anspruch vereinbaren ließen.

150 Jahre ganzheitliche Gesundheitsförderung - monatliche Tipps

Bern/Schweiz, 01.05.2015/APD Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten blickt auf über 150 Jahre ganzheitlicher Gesundheitsförderung zurück. Studien belegen, so Benjamin Rohde, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Liga Leben und Gesundheit (LLG), dass ein typisch adventistischer Lebensstil Menschen gesünder, glücklicher und rund zehn Jahre länger leben lässt.

Zur Gesundheitsförderung wurde 2015 in Europa eine Initiative in zehn Sprachen für dreizehn Länder gestartet mit monatlichen kurzen Tipps. Diese sind als PDF, Poster, Flyer, Videoclip oder Email kostenlos erhältlich und können weitergegeben werden:
www.secretsofwellness.org

„Ganzheitlichkeit“ kein Modebegriff

Für die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten sei der Begriff „Ganzheitlichkeit“ kein Modebegriff, so Rohde. Die Einheit von Körper, Seele, Geist sowie sozialen Aspekten sei stets als Grundlage eines umfassenden Gesundheitsbegriffes betrachtet worden.

„Zu einer Zeit, als Tabak noch zur Heilung von Atemwegserkrankungen und Portwein zur Stärkung einer schwächlichen Gesundheit ärztlich verordnet wurden, entschieden sich Adventisten zur Abstinenz“, schreibt Rohde auf der LLG-Webseite. Und bevor Bakterien und Viren entdeckt worden seien, hätten sie sinnvolle hygienische Standards entwickelt.

John Harvey Kellogg

Laut Rohde war der adventistische Arzt John Harvey Kellogg, Erfinder der Erdnussbutter und Cornflakes, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts massgeblich an der Entwicklung des Battle Creek Sanitariums, Michigan/USA, beteiligt gewesen. Diese Einrichtung habe damals das Vertrauen sowohl der einfachen Bevölkerung als auch der obersten Zehntausend genossen, so der LLG-Vorstandsvorsitzende.

Videoclips

Mit monatlichen Videoclips will die Gesundheitsabteilung der Kirche Inputs für ein langes, gesundes und glückliches Leben geben, denn dies habe viel mehr mit den Lebensstilentscheidungen zu tun, die jeden Tag getroffen würden, als mit großen Entscheidungen. Die Videoclips sind ebenfalls unter www.secretsofwellness.org abrufbar.

MEDIEN

Die Bibel mit Altem und Neuem Testament in 542 Sprachen

Stuttgart/APD Die vollständige Bibel liegt jetzt in 542 Sprachen vor. Das teilte der Weltverband der Bibelgesellschaften (United Bible Societies; UBS) im aktuellen „Global Scripture Access Report“ mit. Das Neue Testament liegt zusätzlich in weiteren 1.324 Sprachen vor. In 1.020 Mundarten sind zumindest einzelne biblische Schriften übersetzt. Damit gibt es in 2.886 Sprachen mindestens ein Buch der Bibel. Sprachforscher gehen von weltweit rund 6.900 lebenden Sprachen aus.

51 Erst- und Neuübersetzungen sowie Revisionen wurden 2014 von den Bibelgesellschaften erstellt. In 18 Sprachgruppen liegt dank der Übersetzungsarbeit im Weltverband erstmals die komplette Bibel vor. Die weitaus größte Sprachgruppe erreicht eine Studienausgabe des Neuen Testaments in Hochchinesisch, auch Mandarin genannt. Etwa 1,2 Milliarden Chinesen können sie nutzen. Die größte

Gruppe bei den Erstübersetzungen kann die Bibel in der Bantusprache Yao erreichen, deren Mundart 3,1 Millionen Menschen nutzen. Sie wird vom Volk der Wayao in Malawi und anderen ostafrikanischen Ländern gesprochen.

Doch für 1,3 Milliarden Menschen weltweit gibt es laut UBS noch keine vollständige Bibel in der Muttersprache. Da Sprachen sich zudem ständig weiterentwickeln, müssen darüber hinaus in vielen Ländern klassische Übersetzungen einer Revision unterzogen oder neue Übersetzungen erstellt werden. Zurzeit arbeiten Bibelgesellschaften weltweit an über 400 Übersetzungsprojekten der Heiligen Schrift. Weitere Informationen unter <http://www.weltbibelhilfe.de/ueber-uns/zahlen-fakten/>

Der Weltverband der Bibelgesellschaften zählt 146 Mitglieder und ist in mehr als 200 Ländern aktiv. Zu den Mitgliedern gehört auch die Deutsche, Schweizerische und Österreichische Bibelgesellschaft. Aufgaben sind die Übersetzung, Herstellung und Verbreitung der Heiligen Schrift.

IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Jens-Oliver Mohr (verantwortlich), Holger Teubert (stellvertretend), Mitarbeiter dieser Ausgabe: Karl-Heinz Walter
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen
- Druck: PR-Druck, 20539 Hamburg
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto)
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland
20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Eli Diez-Prida (verantwortlich)
- APD-INFORMATIONEN online: www.apd.info

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie 18,5 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 215 Ländern der Erde. In Deutschland sind rund 35.000 Mitglieder in 559 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.